weitwurf
Klimaforum Schallstadt

Gabi Rolland MdL, SPD

1 *Die Etablierung beschleunigter RE Verbindungen bedeutet für Schallstadt den Wegfall mehrerer Zughalte, die sich auch auf die ÖPNV-Anbindung des Teilorts Mengen auswirkt. Befürworten sie das aktuelle RE Angebot und wenn ja, welchen Ersatz sollte das Land Baden-Württemberg der Gemeinde Schallstadt anbieten bis zur Etablierung eines S-Bahnbetriebs nach Fertigstellung des 3+4 Gleises?*

Ich hatte mich bereits bei Bekanntwerden des Wegfalls von Halten am Bahnhof Schallstadt sowohl mit dem Verkehrsministerium wie auch der Nahverkehrsgesellschaft in Verbindung gesetzt. Da auch der Haltepunkt Herdern und der Bahnhof Gundelfingen betroffen sind – auch dort gibt es weniger Halte – laufen weiterhin Gespräche.

Aktueller Stand ist: Mit dem neuen Bedienungskonzept im sogenannten Netz 4 (Karlsruhe-) Offenburg – Freiburg – Weil – Basel Bad Bf wurde ein deutlich geändertes Angebotskonzept realisiert. Demnach hat das Land BW einen zweistündlichen, schnellen RE von Offenburg nach Basel realisiert und alternierend hierzu einen zweistündlichen, langsamen RE in der gleichen Relation (aber mit Halt in Schallstadt). Zusätzlich hat das Land BW aber auch eine Regional-Bahn (mit Halt an annähernd allen Stationen) bestellt. Insgesamt stellt das für die gesamte Region eine Angebotsausweitung dar – seit Juni 2020 gibt es mehr Züge, aber der zweistündliche schnelle RE hält nicht in Schallstadt.

Vergleicht man nun die Angebote Konzept fib Juni 2020 wurde Schallstadt 66x bedient (Übergangsvertrag Netz 9). In der Kombination mit aus Netz 4 wird nun seit Juni 2020 mit dem Einsatz eines neues Triebwagens Schallstadt 75x angedient.

Das Bemühen um eine bessere Anbindung hat also genutzt. Ob es möglich ist dieses Konzept noch weiter auszubauen bezweifle ich – aber es liegt nicht in meiner Natur aufzugeben, sondern immer nachzuhaken, um ein hervorragendes ÖPNV-Angebot in unserer Region zu haben.

Für eine bessere **Anbindung der Ortschaft Mengen** erscheint es mir wichtig das koordinierende Unternehmen im RVF einzubinden. Allerdings muss auch klar sein, dass ein erweitertes Angebot von der Gemeinde zu bezahlen ist. Optimierungen lassen sich aber oft auch kostenneutral organisieren. Vielleicht gibt es auch Möglichkeiten in Schallstadt ein Bürgerbus-System einzuführen. Manche Gemeinden machen damit sehr gute Erfahrungen – solche Aktivitäten werden auch vom Land unterstützt.

Die durchgehende Viergleisigkeit auf der Rheintalbahn ist bis 2035 vorgesehen. Der Vollausbau auf 250km/h wird bis Ende 2041 fertiggestellt sein.

2 *Befürworten Sie einen weiteren S-Bahnhalt im Teilort Leutersberg, auch hier vorausgesetzt das 3.+ 4. Gleis der Rheintalstrecke ist fertiggestellt.*

Ja – und St. Georgen Süd

3 *Aktuell fördert das Land Fahrradschnellwege. Befürworten Sie diese Förderung und was schlagen sie vor, wie das Land den Fahrradverkehr im ländlichen Raum und dem städtischen Umland noch stärker fördern kann, gerade für Teilorte wie Mengen die nicht am geplanten Fahrradschnellweg liegen?*

Ja. Das Land fördert bereits jetzt schon Radwege über die Radschnellwege hinaus. Für die Planung/ Umsetzung sind allerdings die Landkreise zuständig, wenn die Radwege nicht mit einer Straßenplanung zusammenhängen. Wir hatten ja bereits mehrere Treffen vor Ort in Mengen und sind landwirtschaftliche Wege abgefahren – ich meine, dass es sinnvoll wäre diese Wege entsprechend auszubauen. Soweit ich weiß hat die Gemeinde Schallstadt dazu auch beim Landratsamt einen Antrag gestellt, der sich allerdings noch nicht in der ersten Priorität befindet.

4 *Wie kann die Realisierung des geplanten Fahrradschnellwegs der von Freiburg nach Bad Krozingen führen soll auf dem Gebiet der Gemeinde Schallstadt aussehen? Aktuell ist die Ortsdurchfahrt von Schallstadt, die sich für ein schnelle Fortbewegung mit dem Fahrrad perfekt eignen würde, durch den PKW Verkehr auf der B3 stark belastet, bzw. hier ist aktuell kein Platz für einen 4m breiten Fahrradschnellweg.*

Dass der Radschnellweg Freiburg-Bad Krozingen-Müllheim hohes Potenzial hat ist eine gute nachricht. Ebenfalls, dass der Regionalverband Südlicher Oberrhein mit der Machbarkeitsstudie beauftragt ist. Eine erste Besprechung der Steuerungsgruppe hat am 24.2. statt gefunden – die Gemeinde Schallstadt ist dabei, ebenso wie alle mit dem Thema Betroffenen Verbände/Unternehmen (DB). Aktuell werden die Möglichkeiten eruiert. Welche Variante der Vorzug einer vertieften Prüfung gegeben wird, wird im Juni/Juli dieses Jahr vorleigen. Die Machbarkeitsstudie solle dann bis Ende des Jahres fertig sein. In der Steuerungsgruppe wird besprochen welche der Varianten realistisch ist und es wird das Potenzial der Strecke geprüft. Das ist für die Finanzierung wichtig. Bei hohem Potenzial geht der Radschnellweg in die Baulast des Landes.

Ich glaube nicht, dass es jetzt der richtige Zeitpunkt ist für oder gegen eine Einbeziehung der Ortsdurchfahrt Schallstadt zu sprechen. In die Verkehrsplaner des Regionalverbandes habe ich großes Vertrauen. Sie haben bereits in der Vergangenheit bewiesen, dass sie von ihrem Geschäft etwas verstehen. Wer weiß, ob sie vielleicht Ideen einbringen, die mit einer weiteren Verkehrsberuhigung in Schallstadt einhergehen.
Da ich die meisten meiner Wege mit dem Rad mache – auch über Schallstadt hinaus, habe auch ich ein großes Interesse an einem schnellen und sicheren Radschnellwegenetz.

5 *Wie kann das Land Baden-Württemberg Car-Sharing im ländlichen Raum und dem städtischen Umland noch attraktiver machen? Bisher beschränken sich viele Modelle auf die größeren Städte bzw. der Abstand zum nächsten Car-Sharing Fahrzeug ist im ländlichen Raum oft noch zu groß? Die gleiche Frage gilt natürlich auch für Lastenräder und Co., die nur in den wenigsten ländlichen Kommunen zum Verleih/Sharing angeboten werden.*

Das Land fördert schon jetzt verschiedene Verbundsysteme im ländlichen Raum – allerdings nicht den Betrieb eines Car-Sharing-Systems. Die Anbieter zeigen ja, dass sie sich auch im ländlichen Raum rechnen. Wichtig sind aber die Standorte für die Fahrzeuge. Hier kommt der Gemeinde eine große Verantwortung zu, weil sie die Stellplätze dazu ausweisen muss. Das ist inzwischen auch gut möglich. Man muss es halt tun. Sicher wäre hier auch ein Verleihsystem sinnvoll. Selbst die sTadt Freiburg hat inzwischen begriffen, dass meine Initiative von vor 12 Jahren nicht ganz dumm war.

Wichtig wäre auch, dass es ein einheitliches System gäbe für alle umweltfreundlichen Mobilitätsarten – ein Ticket – ein „Fahrplan". Soweit ich weiß arbeitet die VAG an so einem Angebot in Zusammenarbeit mit ZRF/RVF.

6 *In der Gemeinde Schallstadt gibt es immer noch verhältnismäßig wenig Ökolandbau. Wie stehen Sie zum jüngst verabschiedeten Biodiversitätsstärkungsgesetz?*

Die SPD BW und die SPD Landtagsfraktion hat als einzige Fraktion im Landtag von BW das Volksbegehren „Pro Biene" aktiv unterstützt. Als umweltpolitische Sprecherin bin ich mit der Thematik sehr vertraut. Die SPD Landtagsfraktion hat dem Gesetz zugestimmt. Allerdings hegen wir Zweifel, ob die Umsetzung denn auch so zügig kommt wie das alle Beteiligten erwarten.

7 *Welche politische Möglichkeiten sehen Sie, die Rahmenbedingungen für Landwirte weiter zu verbessern, damit es noch attraktiver wird, auf Ökolandbau umzustellen?*

Mit der Modellregion Ökologischer Landbau ist bereits eine gute Grundlage für die Aus- und Weiterbildung der Landwirte geschaffen. Diese gilt es konstruktiv zu begleiten und mit bestehenden tragfähigen Strukturen wie dem Naturpark Südschwarzwald zusammenzubinden.
Wesentliche Voraussetzung für den Ausbau des Ökolandbaus ist es Absatzmärkte zu finden. Die öffentliche Hand muss mit ihren Kantinen, Mensen und Cafeterien mit guten Beispiel voran gehen. Ich gehe davon aus, dass die Essenangebote in den kommunalen Einrichtungen der Gemeinde Umkirch aus dem ökologischen Landbau kommen.
Darüber hinaus ist die Bildung für nachhaltige Entwicklung in den Kindertagesstätten und Schulen ein wichtiger Baustein für das Umwelt- und Ernährungsbewußtsein.

8 *Werden Sie dafür eintreten, die regenerative Energiegewinnung auf Landes- und kommunaler Ebene zu beschleunigen? Wenn ja, auf welche Weise?*

Als umweltpolitische Sprecherin der SPD Landtagsfraktion trete ich seit 10 Jahren dafür ein, dass wir die regenerative Energiegewinnung voran kommen. Das ist bis 2016 auch ganz gut gelungen. Die SPD BW hat in ihrem Wahlprogramm das Ziel aufgenommen bis 2030 den regenerativen Anteil der Stromgewinnung auf 75% zu erhöhen. Das ist ambitioniert aber machbar. Hierzu braucht es vor allem eine Windkraftoffensive. Diese muss es binnen kürzester Zeit ermöglichen auf landeseigenen Flächen – zum Beispiel im Forst – Windkraftanlagen zu bauen. Das Genehmigungsverfahren muss von heute 56 Monate dringend reduziert werden. Wir wollen auch die Bürger:innenbeteiligung an Windkraftanlagen verbessern und für die Kommunen mehr Möglichkeiten für die finanzielle Beteiligung schaffen.

Die SPD Landtagsfraktion hat im aktuellen Klimaschutzgesetz II BW gefordert, dass die Photovoltaikpflicht für alle Neubauten – also auch Wohngebäude – sowie für Dachsanierungen gelten muss. Dies haben die Regierungsfraktionen abgelehnt. Darüber hinaus haben wir gefordert, dass das Erstellen von Wärmeplänen auch für Landkreise verbindlich werden soll, damit zumindest die Gemeinden, die sich für Nah- und Fernwärme interessieren Unterstützung erfahren und sich auf dem Weg machen können.
Wir sind auch der Auffassung, dass ein Monitoring gut ist – aber es muss auch mit Sanktionen unterlegt sein. Die Verwaltungseinheiten, die ihren Beitrag nicht leisten, müssen in die Pflicht genommen werden.

Die vergangenen zwei Jahre habe ich auf Landesebene einen Gesprächskreis zwischen Fridays for future/ Scientists for Future und den Regierungsfraktionen sowie der SPD-Fraktion organisiert und moderiert. Eine unserer Forderungen war auch, dass die Landesregierung ein Gutachten in Auftrag gibt, welche weiteren Möglichkeiten bestehen über das Klimaschutzgesetz II hinaus zu agieren. Wesentliche Potenziale finden sich Beschaffungswesen, in den Prozessen der Produktion sowie in den Genehmigungsverfahren. Leider ist uns der Umweltminister in dieser Forderung nicht gefolgt – weshalb sie sich auch im Wahlprogramm der SPD wieder findet.

Wir halten auch das heben des Potenzials in der Agrarphotovoltaik für einen großen Beitrag zur Energiegewinnung. Ich habe deshalb im Landtag von BW eine Anhörung zur diesem Thema in den beiden Ausschüssen Landwirtschaft/Umwelt initiiert. Besonders in unserer Region mit dem großen Spektrum des Sonderkulturanbaus sind neben der Energiegewinnung wichtige Schutzmechanismen für die Pflanzen gegen Starkregen, Sonneneinstrahlung und Hagel verbunden. Also eigentlich eine win-win-Situation. Hier braucht es mehr Willen und eine Vereinfachung in den Genehmigungsverfahren.

Ich bin auch der Überzeugung, dass wir der Tiefengeothermie mehr Rückenwind verleihen müssen.

Welche weiteren Möglichkeiten für die regenerative Stromerzeugung in der Wasserstofftechnologie stecken gilt es weiter zu fördern.

Ich bin auch der Auffassung, dass wir noch stärkere Eingriffe in die Verwaltung brauchen und klimaneutral zu werden. Ich halte die Einführung von Schattenpreisen ein probates Mittel die Ernsthaftigkeit der Energiewende zu unterstreichen.

Auf kommunaler Ebene wird über den Städtetag geprüft welche rechtlichen Möglichkeit es bislang gibt und geschaffen werden müssen, eine klimaschutzorientierte Bepreisung oder Gebührenerhebung im System der Kommunalabgaben zu ermöglichen. Das halte ich auch für eine sinnvolle Möglichkeit, weshalb ich sie im Hintergrund auch unterstütze.

9 *Was wollen Sie im Bereich Aufforstung in Baden Württemberg leisten?*

Ich gehe davon aus Sie meinen Erstaufforstung. Die spielt vor allem beim Klimaschutz eine Rolle, weil da gilt: Forsten wir Ackerland auf, binden wir zusätzlich CO_2 im Wald.

Aktuell gibt es in BW ein Programm vom Gemeindetag, das heißt 1000 Kommunen, 1000 Bäume. Das will genau das bewirken: Mehr Wald für mehr Klimaschutz und für besseres Klima. Da hundert ausgewachsene Bäume etwa ein Hektar Waldfläche bilden, könnten damit bis zu 10.000 ha neuer Wald entstehen. Das wäre knapp ein Prozent mehr Waldfläche im Land. Vorteil von diesem Programm ist, dass die Gemeinden selbst entscheiden können.

Ich könnte mir gut vorstellen, dass dieses Programm vom Land entsprechend gefördert wird, weil damit gerade Kinder und Jugendliche durch das Pflanzen von Bäumen den Wert von Umwelt und der Daseinsvorsorge für künftige Generationen durch eigenes Handeln und Tun vermittelt bekommen. Auf jeden Fall wird es mit der SPD in der Landesregierung keine Waldverluste geben und die SPD setzt sich für den Erhalt dauerhaft ökologisch bewirtschafteter Wälder ein. Übrigens sollte der Anteil des ökologisch sehr wertvollen Bannwaldes höher werden. Bundesweit sind wir Schlußlicht. Eine entsprechende parlamentarische Initiative von mir hat das aufgedeckt und das ZDF hat darüber berichtet. Leider ist die jetzige Landesregierung nicht in der Lage das zu machen.

Die SPD wird sich insbesondere im stadt- und ortsnahen Raum und in den Wäldern in den Ballungsräumen dafür einsetzen, dass die Waldbewirtschaftung dort in erster Linie der Erholung der Bevölkerung und dem Klimaschutz dient. Holzproduktion und technisierte Holzernte stehen dort erst an zweiter Stelle.

Die SPD wird insbesondere bürgernahe Aktionen wie z.B. das Programm 1000 Kommunen, 1000 Bäume unterstützen und verstärkt fördern.

10 *Welche Initiativen ergreifen Sie zur CO_2 Speicherung und zur CO2 Kompensation? (Es geht nicht um Vermeidung!)*

Wesentlicher Bestandteil der CO_2-Speicherung sind der Erhalt und die Weiterentwicklung von Mooren, Wälder und extensiven Viehweiden. Eine Entnahme aus der Luft und Verpressung in den Boden lehnen wir ab. Zur Kompensation gibt es auf europäischer Ebene den Zertifikatehandel, der funktioniert – dieser muss auf weitere Bereiche ausgedehnt werden wie Verkehr und Gebäude. Es gibt inzwischen viele Möglichkeiten CO_2-Emissionen zu kompensieren – eine weit bekannte ist Atmosfair für Flugreisen. Diese Art und Weise kann aber für weitere Bereiche erweitert werden. Der SPD Kreisverband hat seit den Webinaren (wir nennen sie Sozinare) begonnen hierfür eine Kompensation zu leisten. Hier eine schnelle Möglichkeit zu schaffen wäre landesweit sicher spannend. Es gibt auch Ideen den eigenen ökologischen Fußabdruck zu kompensieren – das wäre wohl am besten kommunal zu lösen und mit Maßnahmen für den Insektenschutz oder dem ökologischen Landbau gut kombinierbar.